

Kulturpolitik braucht starke Stimmen in den Kommunen

Standortbestimmung der Landesgruppe Bayern der Kulturpolitischen Gesellschaft

Als Vorstand der bayerischen Landesgruppe der Kulturpolitischen Gesellschaft beobachten wir mit Sorge, wie sich in mehreren Kommunen des Freistaats die Rahmenbedingungen kommunaler Kulturpolitik verändern. In Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Regierungsbezirken zeichnet sich ein gemeinsames Bild ab: Kulturpolitik verliert an Gewicht — nicht durch eine einzelne Entscheidung, sondern durch eine Summe von Verschiebungen, die ihre Handlungsfähigkeit untergraben. Wir melden uns deshalb nicht zu Einzelfällen zu Wort, sondern zu einer Entwicklung, die über sie hinausweist.

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist 1976 aus dem Anspruch entstanden, Kulturpolitik demokratischer, breiter und gesellschaftlich relevanter zu denken. Als bayerische Landesgruppe sehen wir uns in diesem Erbe — und in der Pflicht, in bayerischen Debatten eine fachlich fundierte Stimme zu sein, die weder Sparteninteressen vertritt noch tagespolitische Konjunkturen bedient, sondern Kulturpolitik als eigenständiges Politikfeld ernst nimmt.

Die gegenwärtigen Konflikte unserer Gesellschaft sind zu einem großen Teil kulturelle Konflikte

Es geht um den Umgang mit Geschichte und Erinnerung, um Zugehörigkeit und Repräsentanz, um das Verhältnis von Tradition und Veränderung, um die Frage, wer in einer Stadtgesellschaft sichtbar ist und wer nicht. Kultur ist der Ort, an dem diese Auseinandersetzungen nicht entschieden, aber verhandelt werden. Keine andere Arena demokratischer Gesellschaft leistet das in vergleichbarer Weise. Eine Kulturpolitik, die diese Funktion schützt und ermöglicht, ist deshalb keine Nebensache der Stadtentwicklung, sondern eine ihrer zentralen Bedingungen.

Kulturpolitik ist kein bloßer Verwaltungsakt. Sie eröffnet Räume für Erinnerung, Teilhabe, Kooperation und Zukunft. Wo Kommunen sie auf reine Verwaltung zurückstutzen, geht genau das verloren, was Städte lebendig, vielfältig und demokratisch macht.

Gute Kulturpolitik entsteht aus der Gestaltung von Beziehungen, die über Jahre gewachsen sind: zu Einrichtungen, zu freien Szenen, zu ehrenamtlichen Initiativen, zu Förderstrukturen auf Landes- und Bundesebene. Sie lebt von Kenntnis über Konfliktlagen, historische Kontexte und lokale Besonderheiten.

Diese Ressourcen lassen sich nicht delegieren und nicht kurzfristig ersetzen. Wo Kulturpolitik ständig neu sortiert wird, wo Zuständigkeiten zerschnitten, Referate zusammengelegt, fachliche Expertise durch Querschnittsaufgaben ersetzt werden, verliert sie genau das, was sie arbeitsfähig macht. Der Schaden wird nicht sofort sichtbar. Er zeigt sich in verlorenem Vertrauen, abbrechenden Förderbeziehungen und einer zunehmenden Orientierungslosigkeit derer, die Kulturarbeit tatsächlich leisten.

Als Landesgruppe Bayern der Kulturpolitischen Gesellschaft werden wir diese Entwicklungen aktiv begleiten

Kulturpolitik braucht politische Repräsentanz mit Gewicht, fachliche Kompetenz in Verwaltung und Entscheidungsgremien und institutionelle Verlässlichkeit über Legislaturperioden hinaus. Wer Kommunen zukunftsfähig machen will, muss gestaltende Kulturpolitik stärken.

Kulturpolitik in Bayern steht vor Richtungsentscheidungen. Wir wollen, dass sie mit der Ernsthaftigkeit geführt werden, die ihrer Bedeutung entspricht.

München und Nürnberg, 23. April 2026